

Zukunftsforderungen der Freien Schulen zur Landtagswahl 2021

In Baden-Württemberg besucht mehr als jede/r 10. Schüler/in eine freie bzw. private Schule. Das freie Schulwesen trägt in Baden-Württemberg maßgeblich zur vielfältigen Bildungslandschaft und zu bildungs- und schulpolitischen Innovationen bei. In den letzten Jahren konnten viele Anliegen der Freien Schulen umgesetzt werden bzw. hat die Landespolitik die Freien Schulen besser als früher gefördert.

Für die kommenden Jahre kommt es den Freien Schulen darauf an, dass die Landespolitik noch mehr bildungs- und schulische Freiheit ermöglicht, eine faire Finanzierung durch Schließung von großen Förderlücken umsetzt sowie den ungleichen Wettbewerb zwischen öffentlichen und Freien Schulen bei der Lehrkräfteausbildung und -anstellung beseitigt.

Freie Schulen wählen! Das sind die politischen Zukunftsforderungen der Freien Schulen in Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2021:



**Freiheit und Zugänge
ermöglichen**



**Faire Finanzierung
sicherstellen**



**Lehrkräfte ausbilden
und Fortbildung
fördern**



**Gemeinsam Schule
und Bildung
weiterentwickeln**

Zukunftsforderungen der Freien Schulen:



Freiheit und Zugänge ermöglichen

Schulen in freier Trägerschaft sollen Motor und Bereicherung für das Bildungssystem sein. Dafür braucht es Frei- und Experimentierräume für unsere Schulen. Stattdessen sind die Anforderungen für Ersatzschulen und an unsere LehrerInnen weiterhin zu formal an denen für öffentliche Schulen angelehnt. Wir wollen und sollen gleichwertig, aber nicht gleichartig sein, nur so können Innovation und Wettbewerb im baden-württembergischen Bildungssystem erhalten bleiben.

- ✔ Genehmigungen für andere Inhalte und Methoden an freien Schulen ermöglichen: zum Beispiel „Spanisch als 2. Fremdsprache“, „Blended learning“-Konzepte oder Dehnungsmodelle wie G 9.
- ✔ Zugänge ermöglichen: durch digitale staatliche Angebote, wie z.B. Online-Anmeldeverfahren oder Bildungsplattformen, werden die Schulen in Freier Trägerschaft zunehmend benachteiligt. Land und Kommunen müssen im Netz die Schulen in freier Trägerschaft entsprechend gleich den öffentlichen abbilden, um die Wahlfreiheit für Eltern und SchülerInnen zu gewährleisten.
- ✔ Entbürokratisierungs-Vereinbarung treffen: immer mehr Formulare und Bürokratie-Regelungen belasten die freien Schulen.



Lehrkräfte ausbilden und Fortbildung fördern

Der Lehrkräftemangel wird nach den Berechnungen und Prognosen noch einige Jahre andauern. Der Staat hat gegenüber den Freien Schulen eine „Infrastrukturverantwortung“, diesen die Einstellung von genügend qualifizierten Lehrkräften zu ermöglichen und darf daher die Schulen in öffentlicher Trägerschaft hierbei nicht bevorzugen. Dennoch nimmt der Lehrkräftemangel an Freien Schulen und der „asymmetrische Wettbewerb“ mit den öffentlichen Schulen weiterhin zu.

- ✔ Ergänzung der staatlichen Lehrerausbildung: Um den Lehrkräftebedarf und die pädagogisch-inhaltlichen Ausrichtungen an unseren Schulen zu sichern, müssen Ersatzschulen größere Freiheiten und innovativere Ansätze z.B. in der Nachqualifizierung von Lehrkräften eingeräumt werden.
- ✔ Fortbildungen für Digitalisierung: Lehrkräfte an Freien Schulen müssen kostenfrei und gleichberechtigt an den Fortbildungen des Landes teilnehmen können.
- ✔ Infrastrukturverantwortung: Benachteiligungen und Hürden von Lehrkräften bei der Beurlaubung in den Privatschuldienst müssen abgebaut werden.



Faire Finanzierung sicherstellen

Für ein vielfältiges und qualitatives freies Bildungssystem braucht es verlässliche Finanzierung. Der baden-württembergische Kompromiss, dass die Schulen in freier Trägerschaft mindestens 80% der Kosten der Schulen in staatlicher Trägerschaft erhalten, muss in den kommenden Jahren auf die Bereiche ausgeweitet werden, in denen dieser Grundsatz noch nicht angewendet wird.

Bei den großen Investitions- und Zukunftsthemen wie der Digitalisierung, Schulsanierungen und Ausbau der Schulkindbetreuung müssen Freie Schulen die gleichen öffentlichen Finanzmittel erhalten wie die staatlichen Schulen.



Gemeinsam Schule und Bildung weiterentwickeln

Schulen in freier Trägerschaft stellen qualitativ wie quantitativ eine wichtige Erfahrungs- und Innovationsressource für die Weiterentwicklung des baden-württembergischen Schulsystems dar. In vielen wichtigen bildungspolitischen Entwicklungsprozesse ist das freie Schulwesen aber nicht eingebunden. Freie und öffentliche Schulen sollten gemeinsam Schule und Bildung weiterentwickeln.

- ✔ Einen gesetzlich verankerten Gleichbehandlungsgrundsatz: Ersatzschulen müssen auch bei allen investiven Programmen, insbesondere bei Sanierung, Schulbau und Digitalisierung, in gleicher Höhe wie die kommunalen Schulträger gefördert werden. Auch Kosten für Ganztageschulen, Inklusion, G 9 oder Schulsozialarbeit müssen den freien Schulen gefördert werden.
- ✔ Die Überprüfung der Sachkosten: es gibt Hinweise, dass die Sachkosten für Schulen der Kommunen nicht mehr vollständig in der Privatschulförderung ankommen.
- ✔ Ausgleichsanspruch für berufliche Schulen: Das in der baden-württembergischen Landesverfassung verankerte Recht, dass Schulen die ganz oder teilweise auf Schulgeld verzichten, einen so genannten Ausgleichsanspruch haben, muss auch für die beruflichen Schulen gewährt werden.
- ✔ Freie Schulen sollen nicht finanziell in Vorleistung gehen müssen: Abschläge, die erst Monate später ausgezahlt werden oder Wartefristen von drei Jahren behindern die Privatschulfreiheit und belasten insbesondere neue und kleine Schulträger.

- ✔ Stärkere Einbindung in bildungspolitische Gremien und Prozesse des Landes
- ✔ Wiedereinführung von gemeinsamen Schulleitertagungen von Schulleitungen öffentlicher und Freier Schulen für alle Schularten in allen Regierungspräsidien

Gemeinsam stark für Freie Schulen

Dies sind die wichtigsten Positionen der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen zur Landtagswahl 2021.

Über verschiedene Veranstaltungen, wie dem „Tag der Freien Schulen 2021“ die Plattform www.freie-schulen-waehlen.de und Social Media werden wir diese Positionen in den kommenden Monaten mit den Kandidierenden zur Landtagswahl im ganzen Land diskutieren und hoffen, dass sich viele unserer Anliegen dann auch im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung wiederfinden und in den kommenden Jahren umgesetzt werden: Freie Schulen wählen!

Haben Sie Fragen zu oder Interesse an ausführlicheren Informationen? Wir freuen uns, wenn Sie Kontakt zu uns aufnehmen.

info@freie-schulen-waehlen.de

AGFS (Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Baden-Württemberg):

In der AGFS arbeiten Verbände von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft (Privatschulen) zusammen. Die AGFS vertritt rund 640 allgemein und berufsbildende Ersatzschulen – einschließlich sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren – mit ca. 120.000 Schülern. Hinzu kommen rund 500 Ergänzungsschulen, die keine staatliche Entsprechung haben. Die AGFS bündelt die Interessen aller privaten Bildungseinrichtungen – sie erarbeitet Grundsätze und Ziele für das freie Bildungswesen und ist Ansprechpartnerin für Politik, Regierung und Schulaufsicht.



In der AGFS Baden-Württemberg sind folgende Verbände organisiert:



Landesarbeitsgemeinschaft
der Freien Waldorfschulen
in Baden-Württemberg e.V.



EVANGELISCHES SCHULWERK
BADEN UND WÜRTTEMBERG



VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.



Stiftung
Katholische
Freie Schule
der Diözese
Rottenburg-Stuttgart



Schulstiftung der
Erzdiözese Freiburg
Kirchliche Stiftung des öffentlichen Rechts



EVANGELISCHER
SCHULBUND
in Südwürttemberg e.V.

die internate
VEREINIGUNG e.V.